

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphische
Anzeiger, Rieser.

Amtsblatt

Samstag
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Rieser.

Nr. 15.

Freitag, 18. Januar 1895, Abends.

48. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Rieser und Straßla, den Hauptstädten, sowie am Schalter der telegr. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Räume des Ausgabebetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Sanger & Winterlich in Rieser. — Geschäftsstelle: Kahlenbergstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Rieser.

Tagesgeschichte.

Frankreich hat nun wieder einen neuen Präsidenten. Die Nationalversammlung wählte gestern Felix Faure mit 428 Stimmen zum Staatsoberhaupt der Republik, der Gegenkandidat Brisson erhielt 363 Stimmen. Beim ersten Wahlgang erhielten Brisson 344, Felix Faure 216 und Waldeck-Rousseau 195 Stimmen. Es war demnach ein zweiter Wahlgang erforderlich, der das obige definitive Resultat brachte. Besondere Zwischenfälle haben sich bei der Wahl nicht ereignet. Bei der Ankunft des Präsidenten Felix Faure in Paris empfing denselben eine Eskadron der republikanischen Garde und begleitete ihn bis zum Elyseepalast. Das zahlreich erschienene Publikum begrüßte den neuen Präsidenten mit Hochrufen. Die Präsidentschaftskrisis hat damit ihr vorläufiges Ende erreicht. Auch in den Berliner Regierungskreisen hat der Rücktritt Casimir-Periers durchweg die größte Ueberraschung hervorgerufen. Nach der Schilderung, die man von dem Charakter dieses Mannes bei seiner am 27. Juni v. J. erfolgten Wahl zum Oberhaupt der dritten Republik überall entworfen hatte, mußte man annehmen, daß er den Kampf gegen die Ultraradikalen und Revolutionären als seine künftige Lebensaufgabe mit aller Energie aufnehmen und durchzuführen würde. Anstatt dessen warf er nun bei der ersten Schwierigkeit der Lage die Finte ins Korn und räumte den Ultraradikalen das Feld. Frankreich hat sich damit wiederum als das Land der Unberechenbarkeiten erwiesen. Hoffentlich werden aber die besonnenen Elemente in Paris auch ferner die Oberhand behalten. Die deutsche Regierung wird aber unter allen Umständen die Ereignisse jenseits der Vogesen mit größter Aufmerksamkeit verfolgen müssen. Welches Interesse unser Kaiser an den Vorgängen in Frankreich nimmt, erhellt aus der schon gemeldeten Nachricht, daß der Monarch den Botschafter Herbetts besucht und eine längere Unterredung mit ihm gehabt hat. — Felix Faure, bisherer Marineminister, ist ein in weiteren Kreisen kaum bekannter Republikaner, dem die Würde und die Bürde der Präsidentschaft in den Schooß fiel, weil er derjenige der aufgestellten Kandidaten war, der am wenigsten persönliche Feinde besaß, und dessen Kandidatur erst so kurze Zeit vor der Wahl ernstlich in Erwägung gezogen worden war, daß die parlamentarischen und publizistischen Freunde seiner Mitbewerber noch nicht Zeit gefunden hatten, um seinen Namen die sonst unvermeidliche verläumdende Vergende zu weben. Allerdings ist zu erwarten, daß das bis jetzt Versäumte nur zu bald nachgeholt werden wird. — Für die auswärtige und große Politik ist Felix Faure bis zur Stunde ein unbeschriebenes weißes Blatt. Es ist nach dem „B. L.“ freilich wahr, daß er mehr zu freihändlerischen Auffassungen der Handelsbeziehungen Frankreichs hinneigt, als dies bei den meisten seiner Kollegen in der Kammer der Fall ist, die unentwegt dem schutzvönerischen Banner folgen, das der bekannte Herr Meilme entfaltet hat. Man darf indessen annehmen, daß der neue Präsident, der unter seinem Vorgänger Perier im Ministerium Dupuy ein Portefeuille angenommen hatte, im Großen und Ganzen die friedlichen Anschauungen theilen dürfte, durch die das Vorhandensein Casimir-Periers am französischen Staatsruder zu einer immerhin annehmbaren Friedensbürgschaft für Europa geworden ist. Als Vertreter einer Handelsstadt sind ihm besonders kriegerische Neigungen schwerlich unterzujucken.

Deutsches Reich. Zu den Erörterungen über die Frage, ob Fürst Bismarck noch Mitglied des Staatsraths sei, erklärt die „Kreuzzeitung“, daß sie in der Lage sei, mit Bestimmtheit versichern zu können, daß an maßgebender Stelle diese Zweifel nicht getheilt werden. Fürst Bismarcks Zugehörigkeit zum Staatsrath gilt vielmehr als durchaus unbestreitbar. Die erfolgte Berufung des Grafen Kanitz in den Staatsrath erregt, wie zu erwarten war, nicht geringes Aufsehen. Die „Frei. Ztg.“ meint mißvergnügt: „Vor drei Monaten, im September, gehörte Graf Kanitz bekanntlich zu denjenigen Mitgliedern des ostpreussischen Provinziallandtages, welchen eine Einladung zur kaiserlichen Tafel in Königsberg nicht zu Theil wurde. Graf Kanitz ist aber heute derselbe wie im September.“ Uebrigens mehrten sich sichtlich die Stimmen, die in dem Antrag Kanitz das einzige und sehr wohl anwendbare Mittel erkennen, der Landwirtschaft die dringend notwendigen Pflüge zu bringen. Neuerdings tritt auch der bekannte bayerische Centrumsführer Graf Freyding im „Bayr. Cour.“ für den Antrag Kanitz ein.

Zur Tabaksteuer schreibt die „Kreuzzeitung: „Dem Vernehmen nach steht die Form, in welcher die Tabaksteuervorlage an den Reichstag gelangen wird, durchaus noch nicht fest. Insbesondere dürfte die von süddeutscher Seite geforderte Erhöhung des Zolles auf ausländischen Tabak auf erhebliche Bedenken innerhalb des Bundesrathes stoßen, was sich leicht aus der Thatfache erklärt, daß eine solche einseitige Erhöhung des Zolles für die Tabakindustrie Norddeutschlands, insbesondere Westfalens geradezu vernichtend wirken müßte. Welcher Ausweg gewählt werden wird, ist noch ungewiß; es scheint, daß eine gleichzeitige Herabsetzung des bisher in Aussicht genommenen Steuerzolls zunächst in Frage kommt.“

Vom Reichstag. Im Reichstage wurde gestern zunächst die zweite Beratung des Antrages auf Aufhebung des Jesuitengesetzes erledigt. Der Abg. Ricker (fr. Verein) hatte den Zusatzantrag gestellt, statt das ganze Jesuitengesetz nur dessen § 2 aufzuheben, nach welchem die ausländischen Jesuiten aus dem Bundesgebiet ausgewiesen und den inländischen der Aufenthalt in bestimmten Bezirken verweigert oder angewiesen werden kann. Die Abgg. Friedberg (natl.) und Freilich (v. Stumm (Reichsp.)) erklärten sich gegen den Antrag, weil keine Veranlassung vorläge, dem Centrum Zugeständnisse zu machen, die als solche von jener Partei nicht einmal anerkannt würden. Der Abg. Lieber (Centr.) bestand auf dem Antrag seiner Fraktion und wollte nur für den Fall, daß dieser abgelehnt werde, für den Vorschlag des Abg. Ricker stimmen. Darauf wurde der Antrag des Centrums auf Aufhebung des Jesuitengesetzes angenommen, womit der Zusatzantrag erledigt war. Für den Centrumsantrag stimmten die Ultramontanen, die Polen, die freisinnige Volkspartei und die Sozialdemokraten. — Es folgte die erste Lesung der Novelle zur Strafprozessordnung und zum Gerichtsverfassungsgesetz. Staatssekretär Rieberding führte aus, daß die vorgeschlagene Revision der Strafprozessordnung und eines Theiles des Gerichtsverfassungsgesetzes ein Bedürfnissen des praktischen Lebens entspreche. Theorie und Praxis, sowie die öffentliche Meinung hätten die Licht- und Schattenseiten der Strafprozessordnung gewürdigt, und unter dem Eindruck dieser Verhältnisse sei der neue Entwurf, der das Ergebnis der Verständigung der verübten Regierungen sei, ausgearbeitet worden. Die Bestimmungen über die Befugnisse der Gerichte hätten nur einen geschäftlichen Charakter, und die Entziehung gewisser Straftaten aus der Zuständigkeit der Schwurgerichte habe lediglich den Zweck, den Schwurgerichten jene Straftaten abzunehmen, die ihnen besondere Schwierigkeiten machten und daher für sie nicht paßten. In der Kommission werde sich hoffentlich eine Verständigung über die Vorlage finden lassen. — Abg. Mintelen (Centrum) betonte, daß die Vorlage den großen Vorzug habe, kein Parteigesetz zu sein, um so sachgemäßer werde sie in der Kommission, die er in einer Stärke von 28 Mitgliedern einzusetzen beantragte, geprüft werden können. — Abgeordneter Caneccerus (natl.) hob hervor, daß der Entwurf die ruhigste Würdigung erfordere. Sein Hauptanliegen sei die Gewährung eines Rechtsanspruches zur Entschädigung für ungeschuldig Beurtheilte; es sei nur zu wünschen, daß auch die Entschädigung für eine ungeschuldig erlittene Unterwerfung eingeführt werde. Die Berufung gegen die Urtheile der Strafkammern sei in der Vorlage leider so erschwert, daß ihre Zweckmäßigkeit in dieser Form fraglich wäre. Auch die in dem Entwurf vorgesehene Vertheilung der sachlichen Zuständigkeit, insbesondere die Verweisung so zahlreicher Straffälle von den Strafkammern an die Schöffengerichte, gebe zu Bedenken Anlaß. Staatssekretär Rieberding bemerkte, daß die Entlastung der Strafkammern im Ganzen nur ungefähr 15 Prozent der ihnen bisher zugewiesenen Fälle betrage. Fortsetzung der Beratung Freitag 1 Uhr.

Oesterreich-Ungarn. Mit dem erhofften Frieden hat das ungarische Ministerium Bonyi bereits eine gründliche Entschädigung erlitten. Nicht nur, daß sich die Opposition zu einem sehr heftigen und rücksichtslosen Kampfe rüht, auch der Clerus und Episkopat will nicht müßig sein, wie die Antwort beweist, welche dem neuen Ministerpräsidenten gelegentlich eines Besuches beim Fürstprimas Bazary zu Theil wurde. Letzterer erklärte nämlich auf eine Anfrage, der Episkopat werde seine politische Haltung nicht ändern, denn er treibe keine persönliche Politik. Da Bazytsch ihm mitgetheilt habe, das neue Cabinet werde am Programm Bekerles

festhalten, so werde auch der Episkopat den Kampf gegen die unerledigten Vorlagen im Magnatenhause fortführen und die Agitation ausbreiten, um das Insultbetreten der genehmigten Gesetze zu verhindern.

Frankreich. Der „Gaulois“ erzählt, Casimir-Perier sei jüngst in der Halle des Bahnhofes St. Lazare Zeuge einer Scene gewesen, die drastisch seine Unpopularität bewies und auf ihn einen so deprimirenden Eindruck machte, daß der Vorfall wahrscheinlich mit zu seinem Entschlusse beigetragen habe. Bei seiner Ankunft auf dem Bahnhofe hätten zwei im Publikum befindliche Aushilfspolizisten Hochrufe auf ihn ausgebracht, seien jedoch von allen Seiten niedergedrückt worden und Casimir-Perier habe schmerzhaft bewegt den Bahnhof verlassen. Andererseits spricht der „Gaulois“ von Einflüssen der Familie. Die Mutter erkannte die Schwierigkeiten der Lage und widersprach nicht mehr. Frau Casimir-Perier, beunruhigt durch die Drohungen gegen den Mann und die Kinder, hat häufig den Rücktritt befürwortet. Der Ton Burdeaus, die Angriffe gegen Maginot, die auf Perier selbst hingen, bestärkten den Rücktrittsplan. Montag Abend fand eine ergreifende Unterredung zwischen Perier und seiner Mutter statt, die für den Rücktritt entschied.

Die Reihe der Staatsoberhäupter, welche die dritte französische Republik in den verflochtenen 24 Jahren verbraucht hat, scheint sich schneller zu vergrößern, als man bei Begründung der Republik und später der siebenjährigen Amtsdauer gemeint hat. Wir stellen in Folgendem die Staatsoberhäupter zusammen: 1870: 4. September, General Trochu (geb. 1815), Vorsitzer der nationalen Vertretung. 1870: 26. September, Leon Gambetta (geb. 1838, gest. 1882), Diktator. 1871: 17. Februar, L. Adolphe Thiers (geb. 1797, gest. 1877), Chef der Exekutivgewalt; vom 31. August Präsident der Republik. 1873: 24. Mai, Maréchal Mac Mahon (geb. 1808, gest. 1893), Präsident der Republik auf 7 Jahre. 1879: 30. August, Jules Grevy (geb. 1807, gest. 1891) auf 7 Jahre. 1885: 28. December, Jules Grevy zum zweiten Male. 1887: 3. September, Sadi Carnot (geb. 1837, gest. 24. Juni 1894), Präsident auf 7 Jahre. 1895: 15. Januar, Rücktritt Casimir-Periers. Noch im vorigen Sommer konnte man sagen, daß die durchschnittliche Dauer der siebenjährigen Präsidentschaft vier Jahre betrage. Jetzt wird man die Durchschnittszahl noch mehr herabsetzen oder schließlich das Septennat als gegenstandslos abschaffen müssen.

Italien. Mailand, 17. Januar. Heute nach 1 1/2 Uhr wurde der Generalstaatsanwalt des hiesigen Appellhofes Celli in seinem Cabinet durch ein Individuum ermordet, das ihn unter falschem Namen zu sprechen verlangte. Der Mörder sagte Celli an der Kehle und durchschnitt ihm die Schlagader. Celli starb nach einigen Augenblicken. Der Mörder wurde alsbald verhaftet. Er nennt sich Attilio Bellocchio und stellt sich irrfinnig. Auf die an ihn gestellten Fragen antwortet er nicht. Man glaubt, es handelt sich um einen Anarchisten.

Schweden. Der König eröffnete gestern den schwedischen Reichstag mit einer Thronrede, die über die Frage der Union folgende Ausführungen enthält: „Den Staatsverband, der vor achtzig Jahren zwischen den beiden Nationen der skandinavischen Halbinsel geknüpft wurde, hat nächst Gottes Gnade die lange Dauer eines glücklichen Zustandes derselben mächtig gefördert. Jede Vereinigung von Reichen legt sicherlich gegenseitig bindende Verpflichtungen auf. Diese schranken in gewisser Beziehung die Selbständigkeit der einzelnen Länder ein. Sie geben ihnen aber als Ersatz gegenseitige Stärke und vermehrte Macht. Wüßten meine beiden Völker immer das Glück und die Vortheile richtig schätzen, die sie durch die Union erworben; dann würden sie alle Kräfte aufbieten, um dieselben beizubehalten und zu stärken. Die Union von 1814 ist, wie alles Menschliche, der Verbesserungen bedürftig; ihr Grundgedanke aber ist ein großer.“ Die Thronrede kündigt schließlich Gesetzesvorlagen an, betreffend größere Forderung für die Marine, ferner betreffend der Alters-, Invaliditäts- und Unfallversicherung der Arbeiter und der Erhöhung des Getreidezolles, letztere in Uebereinstimmung mit der königlichen Resolution vom 5. Januar, die zur Verhängung der Specialtarifsenkung erlassen wurde.

Amerika. Amerika will von dem Samoa-Vertrage zurücktreten. Wie aus Washington gemeldet wird, hat die Regierung diesmal keine Geldbewilligungen für die weitere Wahrnehmung der Union-Interessen auf Samoa beantragt. Die Beamten des Staatsdepartements meinen, die Union sei